

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Alltag im dänischen Wohlfahrtsstaat

Wie lebt man in einem Wohlfahrtsstaat? Ich habe den grössten Teil meines Lebens in Dänemark verbracht, einem Land, das allgemein als Musterbeispiel für den modernen Wohlfahrtsstaat gilt, obwohl sich inzwischen die Werte und Institutionen, die dieses sozialpolitische System kennzeichnen, weit über die Grenzen ihres nordwesteuropäischen Ursprungsgebietes hin ausgedehnt haben. Viele Aspekte des heutigen Dänemark können im Lichte der im Laufe der letzten 30 Jahre erfolgten Expansion des Wohlfahrtsstaates untersucht werden. Einige hängen mit der Verwaltung und den Kosten der Programme zusammen; was ich jedoch am wichtigsten und auch am beunruhigendsten finde, ist die Einstellung der Gesellschaft hinsichtlich der sozialen Unterstützung, der Arbeit, dem Geschäfts- und sogar dem Privatleben. Diese Aspekte des Alltagslebens sollen hier näher geschildert werden; doch zunächst ein Blick auf die neuere Sozialgeschichte Dänemarks.

Wurzeln des dänischen Wohlfahrtsstaates

Der Wohlfahrtsstaat oder, wie einige ihn nennen, der «Versorgungsstaat» (Etat-providence), ist allmählich im Laufe der mittleren Jahrzehnte dieses Jahrhunderts in West- und Nord-europa entstanden, in geringerem Um-

fang auch in Nordamerika. Seither sind seine moralischen Forderungen und Grundsätze mehr oder weniger von allen Ländern angenommen und in Erklärungen wie der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen verankert worden, worin das Recht auf Arbeit, auf einen angemessenen Lebensstandard und auf andere soziale Rechte garantiert werden soll. Die Verheissungen des Wohlfahrtsstaates werden jedoch in den verschiedenen Ländern unterschiedlich erfüllt; im folgenden wird vorwiegend das Beispiel des ursprünglichen, nord-europäischen, gutartigen Typs behandelt.

In Gedanke und Praxis gründete der Wohlfahrtsstaat auf zwei Annahmen. Die erste, deren Wurzeln weit zurück in die europäische Geschichte bis ins alte Rom reichen, war, dass der Regierung die Aufgabe zusteht, das materielle und geistige Wohl ihrer Bürger zu gewährleisten. Die zweite Annahme gründete unmittelbar auf den Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die in den Jahren 1880 bis 1890 in Europa entstanden war. Deren Forderung war, dass der Staat das sozial und moralisch inadäquate System der kapitalistischen Marktwirtschaft korrigieren müsse. Schliesslich stimmen die beiden Annahmen darin überein, dass der Staat nicht nur der Rahmen für Gesetze sei, die das Verhalten bestimmen, sondern ein Instrument, und zwar das wich-

tigste, zur Linderung der menschlichen Daseinsbedingungen («relief of man's estate»¹).

Die erste Annahme liegt in der ganzen europäischen Geschichte begründet: im unentgeltlichen Getreide, das den Armen Roms von den Imperatoren zur Verfügung gestellt wird, im komplizierten System gegenseitiger Abhängigkeit und im Schutz der Feudalherrschaft; im Zunftwesen der spätmittelalterlichen Berufsverbände, und schliesslich, am ausgeprägtesten, im Paternalismus des Ancien régime mit den klassischen Beispielen Frankreich und Preussen. Der Herrscher war der Vater des Volkes, an den es sich im Prinzip über die Köpfe der Nobeln und Verwalter hinweg – von denen es ausgebeutet wurde – wenden konnte.

Die zweite Annahme, dass die kapitalistische Marktwirtschaft untauglich sei und durch staatliche Massnahmen wie wirtschaftliche Planung, Umverteilung durch Steuern und zunehmenden Einfluss der Arbeiterorganisationen korrigiert werden müsse, gewann in Westeuropa als Folge der Weltkrise an Boden. Seither wurde sie von den Befürwortern des Wohlfahrtsstaates nicht mehr in Frage gestellt. Im März 1982 sprach die für ihren kompromisslosen Egalitarismus bekannte dänische Ministerin für Sozialdienste, Ritt Bjerregaard, in eben diesen Ausdrücken vor einer Versammlung internationaler Manager und Finanzexperten an der Hochschule St. Gallen. Sie führte aus, dass die freie Marktwirtschaft im Chaos untergehen würde und dass der sozialdemokratische Staat deshalb sowohl dem Kapital als auch den Werktätigen einen Dienst erweise, indem er die

Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit annehme. Abgesehen vom seltsam archaischen Ton dieser Ansprache der Ministerin – sie glaubt noch an gewisse Unterschiede zwischen den Klassen sowie zwischen Privatbereich und Öffentlichkeit, die durch den Zweiten Weltkrieg irrelevant wurden – ist bemerkenswert, dass sie die Sozialdemokraten für «Kollaborateure des Feindes» hält, was sie als Tugend bezeichnet. In ihrer Vorstellung und derjenigen der radikaleren und egalitäreren Sozialdemokraten ist das Misslingen des Versuchs, die Privatunternehmungen zu enteignen und eine geschlossene Wirtschaftsordnung einzuführen, eine grosszügige Tat, für welche die Kapitalisten dankbar sein müssten.

Bis jetzt hat diese Art Sozialismus in Skandinavien nie so richtig Fuss gefasst, obwohl die Rhetorik der Revolution auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterlebte. Die Massnahmen, die den Wohlfahrtsstaat lancierten, waren nicht radikal. Sie wurden in Dänemark, Norwegen und Schweden in den dreissiger Jahren getroffen und hatten als Kernstück die Gesetzgebung für Wohlfahrt und Recht auf Sozialfürsorge. Besonders die vom damaligen sozialdemokratischen Minister für Sozialdienste K. K. Steincke formulierten dänischen Gesetze galten später als Modell der wahren «Wohlfahrts»-Gesetzgebung. Sie schafften alte Auffassungen von Barmherzigkeit ab und ersetzten sie durch die Kriterien Bedürfnis und Verdienst, so dass alle jene, die nicht durch eigenes Verschulden den Arbeitsplatz verloren oder erkrankt waren, Anspruch auf Hilfeleistung hatten. Andere Massnahmen bekräftigten das bestehende Recht auf freie und allgemeine Schul-

bildung, nebst einer staatlichen Rente für alle aus dem Arbeitsprozess ausgeschiedenen Personen, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Ein zusätzliches Gesetz regelte die Gesundheitsvorsorge, die bis 1972 unabhängig von den Steuern funktionierte.

Der öffentliche Sektor

Die äusseren Konturen des dänischen Wohlfahrtsstaates haben sich seit den dreissiger Jahren kaum verändert; deshalb ist wichtig, jüngst erfolgte, sehr reale und spürbare Veränderungen hervorzuheben, die auf recht lästige Weise spürbar sind. Das zentrale Problem ist, dass dem ursprünglichen, ungefähr 8 % des staatlichen Budgets ausmachenden Wohlfahrtsprogramm der dreissiger Jahre ein solches von heute etwa 40 bis 45 % (je nach Bemessungsgrundlagen) des staatlichen Budgets gegenübersteht. Selbstverständlich sah in den dreissiger Jahren in den «Sozialgesetzen» niemand etwas anderes als Notmassnahmen für besondere und unvorhersehbare Umstände. Das Kriterium des «ehrlichen Bedürfnisses» bedeutete, dass eine Person, die wusste, dass sie einen Einkommensverlust erleiden würde und die in der Lage war, das nötige Geld zu sparen, um den Verlust aufzufangen, die Hilfe nicht beanspruchen konnte. Theoretisch besteht in einem solchen Fall immer noch kein Anspruch auf Hilfe, doch ist diese Regel nicht mehr durchsetzbar.

Die unausgesprochene Meinung der Politiker des Wohlfahrtsstaates war, dass unter normalen Umständen die Wirtschaft des Landes mit einigen staatlichen Eingriffen gut funktionie-

ren würde. Schrittweise würde es den Menschen besser gehen, und das Bedürfnis nach gesetzlich verankerten Hilfsmassnahmen würde immer geringer werden. Die Vorstellung vom Staat und der öffentlichen Hand als Verwalter der Gesellschaft, wobei 30 bis 40 % der Arbeitskräfte in irgendeiner Form Unterstützung beziehen, hätte Steincke und seine Genossen ebenso beunruhigt wie heute jeden gemässigten oder überzeugten Liberalen.

Die Veränderungen im Wohlfahrtsstaat waren die Folge einer Reihe von Entwicklungen der Nachkriegszeit, von denen die meisten sehr willkommen waren. Zunehmende Produktivität und Exporttätigkeit sowohl durch Industrialisierung als auch durch technische und wissenschaftliche Errungenschaften, die den Wohlstand mehrten und dem öffentlichen Sektor ermöglichten, Leistungen zu erbringen, die vorher undenkbar gewesen wären. Erziehungs- und Gesundheitswesen expandierten und erzielten in den sechziger Jahren die grösste Wachstumsrate im öffentlichen Sektor. Die dänische Regierung lernte auch, wie man auf zukünftiges Wachstum Anleihen macht – ein Vorgehen, das ab 1961 systematisch betrieben wurde; in diesen Jahren wurde auch das Defizit der Zahlungsbilanz erstmals einschneidend; nur in einem Jahr, 1973, wurde ein Überschuss erarbeitet.

In den frühen siebziger Jahren hatte sich der öffentliche Sektor so stark entwickelt, dass er über eine Eigenidentität und Eigeninteressen verfügte. Politische Ideologien akademischen Ursprungs – Neomarxismus und verschiedene Formen des wiederauflebenden radikalen Sozialismus – wurden in völlig neue Zusammenhänge ge-

stellt. Plötzlich wurde der öffentliche Sektor ein Ausgangspunkt zur Veränderung des menschlichen Lebens; Hierarchie, Ordnung und öffentliche Autoritäten wurden verachtet, Wohlstand und günstige Zukunftsaussichten ermöglichten wohlgesinnten Planern und Experten die Planung grandioser Verbesserungen in der Wohlfahrtsgesetzgebung. Die gesellschaftliche und politische Veränderung – so meinten diese Experten – bedurfte jetzt einer festeren, überzeugenderen Politik. Der private Konsum und der Markt sollten, wo irgend möglich, durch die moralisch überlegenen Instrumente des öffentlichen Konsums und der Selektion durch die öffentliche Hand ersetzt werden.

In einem gewissen Ausmass wurde die Rhetorik und Ideologie der Planung in jenen hektischen Jahren vor dem ersten Ölschock von den Ereignissen überholt, nicht zuletzt durch die Kostenexplosion im Wohlfahrtsstaat selbst. Ein Blick auf die Kosten der Sozialdienste – ausgenommen Gesundheit, Erziehung, Kultur usw. – im Dänemark der siebziger Jahre genügt, um festzustellen, dass diese real um 75 % und als Teil des nationalen Gesamteinkommens von 19 auf 28 % angestiegen sind. Der grösste Anstieg hat aber auf dem Gebiet der Verwaltungskosten, wie beispielsweise Löhne, stattgefunden. Zufällig oder absichtlich hat die regierende sozialdemokratische Partei aus den Verwaltungsangestellten ein grosses Wählerpotential gemacht, das begreiflicherweise an der weiteren Expansion seines Sektors interessiert ist. Wenn dieser Bevölkerungsanteil grösser wird als jener der in der Privatindustrie Beschäftigten – dieser Punkt ist möglicherweise schon

erreicht –, wird die herrschende Partei feststellen, dass ihre Legitimität nicht auf der Befriedigung der Forderungen der Arbeiter der Privatindustrie, sondern auf jener des öffentlichen Sektors begründet ist.

Gesundheits- und Wohlfahrtsprogramme

Wachstum und Wandlung dieser Programme sind in den Bereichen Gesundheit und Wohlfahrt am deutlichsten. Der allgemeinen Tendenz folgend, früher unabhängige halböffentliche Agenturen und ihre Budgets dem Staat zu unterstellen, wurden die *sygekasser* (Krankenkassenämter) 1973 abgeschafft; das Gesundheitswesen wurde ausschliesslich durch Steuern finanziert, wobei freilich jeder einen Kostenanteil an den verordneten Medikamenten übernehmen muss. Die Ärzte bleiben unabhängige, selbständig erwerbende Fachleute wie die Anwälte und Architekten. Die Spezialisten können sich, wie jeder andere, um Kunden bewerben, wobei gegenwärtig allerdings die meisten voll zahlenden Kunden reiche Araber sind.

Ungefähr 70 % gehören zur «Gesundheitsgruppe I», die bei Eintritt freie Arztwahl vorsieht (bei Erreichung der Altersgrenze von 18 Jahren oder bei Ortswechsel) und die Möglichkeit eines Arztwechsels pro Jahr. Der Arztbesuch wird nicht bezahlt, sondern der Arzt erhält vom Staat einen festen Betrag für jeden auf seiner Liste aufgeführten Patienten (in Kopenhagen eine feste Summe pro Visite). Die letztgenannte Methode motiviert den Arzt zu häufigeren Besuchen, die erste zu einer grossen Patientenzahl. Manche Ärzte hatten so

viele Patienten, dass ihre Einkommen in die Hunderttausende Dollars gingen. Generell sind die allgemeinpraktizierenden Ärzte zwar finanziell gutgestellt, jedoch meist nicht märchenhaft reich.

Das dänische Spitalwesen erfreut sich eines verdient hohen Ansehens und funktioniert immer noch recht gut. Es hat ein wenig unter der Radikalisierung der Internisten-, Jungärzte- und Krankenschwesternverbände gelitten sowie unter den Auswirkungen neuer Vorschriften, denen gemäss in allen Industriebetrieben, Institutionen und Unternehmen die Mitarbeiter innerhalb jeder 24stündigen Arbeitsperiode elf Stunden ruhen müssen.

Ein weiteres Problem ist die stur eingehaltene regionale Begrenzung des Pflegepersonals, was in einem Land von der Grösse Dänemarks lächerlich ist und den Transfer von Patienten von einer Stadt in die nächstliegende fast unmöglich macht. Mit Ausnahme der prestigieösen Universitätsklinik Kopenhagen (Rigshospitalet) werden die Spitäler von den lokalen Behörden finanziert (*Amter*); kein Amt hat die nötige Handhabe, um die für einen Patienten aus einem benachbarten Amt entstehenden Kosten wiedereinzubringen.

Der Niedergang dessen, was mit «ärztlicher Arbeitsmoral» bezeichnet werden könnte und die gelegentlich eklatante Verletzung des hippokratischen Eids durch die Ärzteschaft sind nicht ausschliesslich dänische Phänomene. Spezifisch dänisch ist aber die Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der sozialen Wohlfahrtsgesetzgebung, die 1976 in Kraft trat. Unter den Gesetzen der dreissiger Jahre, welche in dringenden Fällen einen

Notbehelf bereitstellen sollten, musste der Hilfesuchende bei einer Anzahl verschiedener Büros vorsprechen, um Unterstützung zu bekommen. Um das System zu vereinfachen übertrugen die neuen Gesetze unter dem sogenannten Ein-Saiten-System (*one-string-system*) alle Kontakte zwischen dem Klienten und den lokalen Behörden einem einzigen Fürsorger, der finanzielle Hilfe gewähren konnte. Gleichzeitig erfuhr das Konzept der «vernünftig festgelegten Ausgaben», für welche Hilfe beansprucht werden konnte, eine neue und breitere Interpretation. Man hat nun Anspruch auf ein Existenzminimum plus zusätzliche Mittel für Miete, Gebrauchsgegenstände, bestimmte Versicherungen und Telefon bis zu einem Betrag, der nicht viel tiefer liegt als das frühere Durchschnittseinkommen.

Dieses neue System war ein typisches Produkt des Wohlstands vor der Wirtschaftskrise und sollte, wie das frühere System, nur für Notfälle bestimmt sein. In der Regel waren und sind die Angestellten Dänemarks durch eine Arbeitslosenversicherung über die Mitgliedschaft bei *Arbejdsløsheds-kasser* oder *A-Kasser* gedeckt; bis 1974 vollständig unabhängig, sind diese jetzt jedoch Teil des öffentlichen Dienstes geworden, der bis zu 95 % der Entschädigung zahlt. Im Falle von plötzlicher Arbeitslosigkeit besteht ein Anspruch auf drei Jahre Entschädigung von etwa 80 % des früheren Salärs aus einer A-Kasse. Nur jene, denen es nicht gelingt, für mehr als sechs Monate Arbeit innerhalb von drei Jahren zu finden, verlieren ihre Rechte auf diese Form der Entschädigung und müssen die öffentliche Sozialfürsorge beanspruchen.

Selten bekam früher jemand eine Entschädigung für drei Jahre, doch heute ist dies keine Seltenheit mehr. Auch gibt es eine Anzahl Leute – meist frisch aus der Schule Abgegangene –, die nie eine feste Anstellung hatten noch Mitglieder einer Gewerkschaft und A-Kasse waren. Seit der Einführung des Wohlfahrtsgesetzes 1976 sind die Kosten dramatisch gestiegen. Über 300 000 Personen bekommen gegenwärtig irgendwelche direkte Unterstützung, darunter viele, die sich früher noch geschämt hätten, in einem Sozialamt gesehen zu werden. Die Veränderung im persönlichen Verhalten ist erstaunlich.

Es gibt auch Kunden, die wohlhabend genug sind, um sich einen Anwalt zu leisten, der sie berät, welche Forderungen sie stellen sollen und der sich in den weniger transparenten Gesetzen auskennt. Ein Beispiel ist die Bestimmung, dass man für die Kosten von Extrawäsche für ein bettnässendes Kind Anrecht auf eine spezielle Entschädigung hat. Die Lage ist chaotisch, und die Budgets mancher lokalen Behörden brechen zusammen.

Die Reaktion der Regierung war, nicht etwa die Vorschriften einzuengen, sondern eine Flut von Zirkularen zu produzieren, deren Anweisungen den lokalen Behörden wenig brauchbare Richtlinien boten. Die meisten sahen ein strikt einzuhaltenes Maximum von monatlichen Zuteilungen vor; die «vernünftig festgelegten Ausgaben» wurden auf sehr wenige Kategorien reduziert – ein Ansatz, der den Absichten der Gesetze aus dem Jahre 1976 eigentlich widersprach. Man hört die Forderung nicht mehr, es solle genügend Unterstützung gegeben werden, damit «keine bedeu-

tende Einbusse des Lebensstandards» erfolgt. Leute mit gleichem Durchschnittseinkommen – wie beispielsweise junge Dozenten – müssen sich jetzt auf Kürzungen von 30 bis 40 % ihres verfügbaren Einkommens gefasst machen, wenn sie ihre Stelle verlieren.

Kultur und Erziehung

Jahrelang galt eine grosszügige staatliche Unterstützung der Ausbildung, Kultur und Künste als Kernstück des Wohlfahrtsstaates. Wie im Gesundheitssektor, funktionieren die Dinge auch hier immer noch recht gut, aber man stellt den gleichen Verlust an Engagement und beruflichem Können fest.

Unter den Beamten sind es besonders die Lehrer, die besorgt sind über die politischen Kampagnen und sogenannten Gruppenrechte. In Dänemark werden private und unabhängige Schulen aller Art begünstigt, der Staat zahlt bis zu 85 % der Löhne der Lehrer. Hiervon haben in den letzten Jahren eine Anzahl von Versuchsschulen profitiert, aber auch ältere, traditionellere Institutionen konnten sich bewahren. (Schweden, das die Privatschulen nicht direkt verbietet, hat ihnen solche Einschränkungen auferlegt, dass die meisten schliessen mussten und neue kaum Überlebenschancen hätten.) Inzwischen haben Amateurlismus, die Weigerung der Lehrer, mit «autoritären» Mitteln zu unterrichten, das Eindringen unternehmensfeindlicher Gesinnung und die Abwertung des Geschichtsunterrichts alle öffentlichen Schulen in den skandinavischen Ländern geschwächt.

Dänemark ist vermutlich der einzige Wohlfahrtsstaat, der über das Angebot

der formalen Schulbildung hinausgeht: alle Arten von Abendkursen, halbakademische Kurse vergleichbar mit der Offenen Universität in Grossbritannien, «Volkshochschule» (folkehøjskoler) und andere mehr. Die Abendkurse finden in einer der vier «Bildungsvereinigungen» (oplysningsforbund) statt, von denen eine regional ist und die anderen der sozialdemokratischen, der konservativen oder der liberalen Partei nahestehen. (Dies ist ein Vermächtnis des 19. Jahrhunderts, als die politischen Parteien echte Massenbewegungen waren mit Energie und Geld für ernsthafte Bemühungen öffentlicher Erziehung.) In Dänemark haben die Institute überlebt, und sie gedeihen mit Hilfe der regionalen Ämter, die die Nachfrage einschätzen, Angebote bekanntmachen und miteinander fruchtbar konkurrieren. Insgesamt tragen die Abendschulen zur Entfaltung des kulturellen Lebens in diesem Wohlfahrtsstaat bei.

Die *folkehøjskoler* stellen eine weitere grosse, vom Wohlfahrtsstaat eingeführte und geförderte Tradition dar. Die heutigen neuen Schulen sind leider oft nur noch Zentren der «Friedensbewegung»; doch andere haben sich erholt und neue wurden gegründet. Es gibt eine zunehmende Nachfrage nach nicht-formaler Bildung, nach Grundkenntnissen, dem Erforschen des kulturellen Erbes des Landes, was der Hauptgegenstand der humanistischen Schule und Bildung war und der jüngeren Generation nicht mehr vermittelt wird.

Eine «Wohlfahrtsmentalität»?

Vor zehn Jahren hätte man automatisch auf die Zustimmung des Volkes

zu dieser Regierungspolitik rechnen können, besonders was die Steuern, die Einkommensverteilung, Sozialdienste, Erziehung und Kultur anbelangt. Noch heute sind viele dafür, auch wenn Probleme und Komplexitäten der schwerfälligen und starren Bürokratie einige Änderungen herbeigeführt haben. Im Grunde hängt diese Krise mit dem Aufkommen der «Wohlfahrtsstaatsmentalität» zusammen, die sogar die Grundvoraussetzungen des gegenwärtigen Systems verändert.

Der Schlüssel zum Problem ist die veränderte Auffassung dessen, was Rechte sind. Ursprünglich waren die individuellen Rechte: das Versammlungsrecht, das Recht auf Meinungsfreiheit und Glaubensausübung sowie *habeas corpus* verfassungsmässig garantiert. Jetzt hat die Vorstellung von «sozialen» oder «materiellen Rechten» im Wohlfahrtsstaat eine grosse Entwicklung durchgemacht, die sich sogar in der dänischen Verfassung ausdrückt. Bei der letzten Verfassungsrevision von 1953 wurde festgelegt, dass all jene, die arbeitsfähig und -willig sind, Anrecht auf eine angemessene und entsprechend entlohnte Anstellung haben. Dieser Grundsatz wurde in einer Anzahl von Gesetzen verankert, von denen einige vernünftig, die meisten aber weniger vernünftig sind.

Eine wachsende Gefahr der wohlfahrtsstaatlichen Gesetzgebung in ihrer jüngsten Phase ist die Verbreitung von unklar umschriebenen «Ermächtigungsgesetzen», die die verschiedenen Minister ermächtigen, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, um eine gegebene Direktive auszuführen. Die meisten dieser Gesetze betreffen die eine oder andere Art von Sozialpolitik. Derartige Gesetze sind tatsäch-

lich Blankoschecks, die jeglicher Massnahme, die in halbwegs gutem Glauben getroffen wurde, Gesetzeskraft zur Unterstützung bürokratischer Ziele verleiht – wobei natürlich die Bürokratie selbst beurteilt, was «guter Glaube» ist.

Die zahllosen Gesetze und Reglemente, welche die wirtschaftliche Tätigkeit und die Interaktionen mit den Behörden regeln, haben die Tendenz, eine Atmosphäre der Abhängigkeit zu schaffen. Immer weniger ist der Einzelne ein Bürger mit Rechten und Pflichten, sondern ein Klient, ein Empfänger von Hilfe und Dienstleistungen, dem man sagen muss, was er zu tun hat, statt dass er selbst tut, was er für richtig hält, ohne auf amtliche Erlaubnis zu warten. Die Kluft zwischen jenen, die verlangen, dass die Behörden ihnen helfen, und jenen, die selbst handeln, wird rasch grösser als irgendeine politische Aufteilung zwischen links und rechts, fortschrittlich und reaktionär.

Die Haltung der Abhängigkeit geht Hand in Hand mit einer anderen, die darin besteht, dass über einen verfügt wird – es sei denn, man sei entsprechend organisiert, um die Gewährleistung des Rechtes auf den Arbeitsplatz zu haben. Arbeitslose Jugendliche in Dänemark, die Jobs unterhalb des Lohnminimums annehmen, beispielsweise als Eiscrèmeverkäufer, werden von «Job-Patrouillen» bedrängt, die von den lokalen Behörden finanziert werden. Diese blockieren das Geschäft und instruieren die «unterzahlten» Angestellten über die richtige ideologische Haltung gegenüber ihren Arbeitgebern.

Die Haltung der Abhängigkeit und die Vorstellung materieller Rechte

sind der Wirtschaft noch auf andere Weise abträglich geworden. Keine «Organisation» – dieses Wort wird in Dänemark gewöhnlich für Gewerkschaften und ihre Pensionskassen gebraucht – wird sich erlauben, im Rennen nach nominalen Zahlungserhöhungen an Terrain zu verlieren. Noch wichtiger: so wie sich Mittel aus Guthaben und Beiträgen anhäufen, gelangen die «Organisationen» zu enormem Kapitalbesitz, der dazu verwendet werden kann, grosse Anteile an der Privatindustrie zu übernehmen.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist der Lebensmitteldetailhandel. Wie Grossbritannien und andere Länder hat Dänemark eine Anzahl Coop-Läden, die ursprünglich unabhängig und Eigentum der lokalen Konsumenten waren – oft die einzigen Läden in kleinen Städten. In den letzten Jahren ist die ganze Kontrolle über diese Läden in die Central Association of Cooperatives (FDB) übergegangen, welche eine Anzahl der alten Läden in Supermärkte verwandelt und andere geschlossen hat. Die Kontrolle der FDB liegt in den Händen von Direktoren, die nicht von den Konsumenten gewählt wurden, sondern von Aktivisten und Beamten in mittleren Stellungen, von denen viele enge und offene Bindungen zu «Organisationen» und zur sozialdemokratischen Partei unterhalten.

Die lokalen Coops wurden nie als reguläre Lebensmittelgeschäfte geführt. Wenn der Leiter ein schlechter Geschäftsmann war, verlor er seine Stelle nicht; nur die lokalen Konsumenten konnten ihn abwählen. Gewissermassen waren die Coops immer etwas mehr als nur Lebensmittelgeschäfte. Die neuen «Leader» haben

jedoch diese alte Vorstellung des konsumenteneigenen Ladens zu einer Zeit wiederaufleben lassen, als die «lokale Kontrolle» zur Farce wurde. Das wäre an und für sich noch nicht so schlimm gewesen, hätten die Verantwortlichen von FDB nicht beschlossen, ihren Hauptkonkurrenten auf dem Einzelhandelsmarkt Ostdänemarks, die privatwirtschaftlich geführte Ladenkette Irma, zu zerstören.

Irma und die FDB-Geschäfte verkörperten zwei unterschiedliche Haltungen dem Alltag gegenüber. Irma war die Schöpfung eines einzelnen Mannes, der eine schlecht gehende Kopenhagener Molkereikette in eine dynamische Organisation umwandelte, die den Konsumenten exotische Lebensmittel und Weine zugänglich machte. Die Coop-Läden, die den Restbestand – und nicht den schlechtesten – des Landkollektivismus repräsentierten, hatten sich ähnlich wie die berühmten Coop-Molkereien und -Metzgereien gleichzeitig mit der Volkshochschulbewegung zwischen 1870 und 1900 entwickelt. Dabei wurden die Coops nie rein kommerziell geführt und legten auch keinen besonderen Wert auf Innovationen oder besondere Qualität der Dienstleistungen.

Die Herausforderung durch Irma wurde als Anstoss für die Modernisierung der Coop-Läden genutzt, die in der Regel leicht teurer geblieben und weniger gewillt waren, Spezialprodukte anzubieten. Dennoch waren sich alle einig, dass Konkurrenz sinnvoll war. Im Frühjahr 1982 bot jedoch FDB den Besitzern von Irma an, diese aufzukaufen; sie waren daran interessiert, zu einer, wie ihnen schien, günstigen Zeit zu verkaufen. FDB hatte jedoch nicht das nötige Kapital zur

Hand und musste es daher aufnehmen. Hier kommt die politisch-gewerkschaftliche Dimension dazu: FDB wurde nämlich unter ziemlich obskuren Umständen von einer der grössten Pensionskassen ein grosses Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und niedrigem Zins gewährt. Da das Angebot äusserst grosszügig war, stimmten die Eigentümer von Irma und deren Bank dem Handel zu, und dies trotz eines in letzter Minute erfolgten Versuchs der Irma-Angestellten, selbst das Geld für die Übernahme bereitzustellen. Es gelang ihnen aber natürlich nicht, ein Darlehen zu gleich günstigen Bedingungen aufzubringen, wie es den Coops gewährt worden war. So wird die Lebensmittel-grossverteilung in Ostdänemark jetzt tatsächlich von einer einzigen Organisation beherrscht, die politische Bindungen zu Gruppen unterhält, die der Privatwirtschaft feindlich gesinnt sind und die wenig Interesse haben, den Konsumenten auf die kostengünstigste Weise zu bedienen.

Ein Sinn für die Zukunft

Der Trend zum totalen Wohlfahrtsstaat ist in Schweden viel weiter gediehen als in Dänemark, wo Anzeichen wachsender Unzufriedenheit anzutreffen sind. Das Recht auf Privatbesitz und die Annahme, dass einer bis zum Beweis des Gegenteils unschuldig sei, gilt hierzulande immer noch, sogar inmitten der Steuerbürokratie, die in verschiedener Hinsicht den Höhepunkt des Wohlfahrtsstaates darstellt. Dies ist in Schweden anders. Seit dem Sommer 1981 ist ein allgemeiner Erlass über die Behandlung von Steuer-

hinterziehung oder Verdacht auf solche in Kraft, aus welchem klar hervorgeht, dass die Beweislast beim Steuerzahler liegt.

Mit anderen Worten: wenn die Steuerbehörde behauptet, Steuern seien fällig, und der Steuerzahler dies bestreitet, muss der Steuerpflichtige in allen Einzelheiten beweisen, dass die Forderung unberechtigt ist. Steuerhinterziehung ist allerdings in Schweden ein ernstes Problem, was kaum überrascht. Ist die Gesamtsteuerlast dort doch vermutlich die höchste der Welt. Dennoch sind die amtlichen Vorgehensweisen dort typisch, und sie könnten noch extremer ausfallen, wenn die Mikrochips-Technologie eingesetzt wird. Schon 1976 ermöglichte das Gesetz amtlichen Steuerfahndern und Busseneinziehern, Bussen für Verkehrsübertretungen von Bankkonten ohne Verständigung und Erlaubnis des Inhabers abzuziehen. Vorschläge wurden unterbreitet, die Bank- und Regierungscomputer so zu integrieren, dass die Beamten jederzeit zu allen finanziellen Informationen über jeden Einzelnen Zugang haben.

Nur in einem Bereich wurde die Macht der schwedischen Behörden eingeschränkt. 1974 erklärte ein Gesetz 6000 hohe Staatsbeamte gegenüber jeder Klage von Staatsbürgern immun. Einige Jahre später brachte ein tapferer Bürger das Gesetz vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, wo es als unvereinbar mit der von Schweden unterzeichneten und ratifizierten Menschenrechtskonvention erklärt wurde. Der Gerichtshof gab seiner Klage statt. Danach widerrief 1981 die Regierung das Gesetz. Der klare, durch diesen Beschluss bewirkte Sieg

der individuellen Rechte wurde jedoch durch den Umstand ein wenig getrübt, dass der Fall in Schweden selbst praktisch auf kein Interesse stiess. Der Zugang des Staates zu den persönlichen Finanzdaten wird oft als grosse Erleichterung aufgefasst, weil die Steuererklärung überflüssig wird – der Staat hebt die Steuern einfach vom Bankkonto ab.

Diese Unbekümmertheit ist jedoch bedenklich und weist auf die zentrale politische und geistige Krise des Wohlfahrtsstaates. Das Alltagsleben in Dänemark ist zwar erträglich und oft recht erfreulich, weil Dienstleistungen immer noch jedem zur Verfügung stehen, der ihrer bedarf. Wie jedoch Raymond Aron wiederholt hervorhob, ist die Gesellschaft der Befriedigungen (*Société de jouissance*) dem Untergang geweiht, wenn sie aufhört, sich selbst mit der Zukunft auseinanderzusetzen. Diese Blindheit gegenüber der Zukunft kann aber auf verschiedenen Stufen des skandinavischen Wohlfahrtsstaates festgestellt werden: im Verzicht auf die Verteidigung, in der Kurzsichtigkeit von Gruppen und Organisationen im Bereich der Wirtschaft und im Verzicht auf Nachwuchs, was in Dänemark zu einer rückläufigen Bevölkerungsbewegung führt.

Wiederum in Raymond Arons Worten ist die Blindheit dadurch zu erklären, dass die in den Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens und anderswo an die Macht gelangte Generation «eine Generation ohne Geschichte» ist. Sie wuchs in den fünfziger und sechziger Jahren auf, als Wirtschaft und relativer Friede so verstanden werden konnten, als seien die alten Probleme des wirtschaftlichen und

politischen Überlebens nicht mehr von Bedeutung. Wenn aber Probleme entstehen, ist es gefährlich, in diesen Bereichen über kein geschichtliches Bewusstsein zu verfügen, denn kleine Bedrohungen scheinen dann plötzlich übergross. Normale Herausforderungen, die bewältigt werden können, scheinen unerträglich und provozieren hysterische Reaktionen. Wenn der moderne Wohlfahrtsstaat eines be-

nötigt, so ist es der Sinn für Proportionen.

David Gress

¹ Man findet eine beachtenswerte Auseinandersetzung über diese Unterscheidung als einer der grundlegenden in der politischen Geschichte der Länder Europas in Michael Oakeshott, «On the Constitution of a Modern European State», *On Human Conduct* (Oxford: Clarendon Press, 1975).

Ein Panoptikum der Obsessionen

Zur Ausstellung «Der Hang zum Gesamtkunstwerk»

Dass die Veranstaltung im Kunsthaus stattfindet, ist nicht zwingend. Sie könnte in irgendeiner Messe- oder Kongresshalle ihren Raum haben, ja sie gehört, wie manche Modelle zeigen, im Grunde auch ins Freie, denn sie bezieht Natur und Architektur in hohem Masse mit ein und ist jedenfalls nicht, was man gemeinhin unter einer Kunstaussstellung versteht. Das ist – fürs erste – nicht als Einwand gemeint, lediglich als Ansatz zu einer Beschreibung. Es trifft mehr oder weniger auch auf die Ausstellungen zu, die *Harald Szeemann* schon realisiert hat: «Wenn Attitüden Form werden» (1970), «Individuelle Mythologien» (1972), «Junggesellenmaschinen» (1976) «Monte Verità» (1980) – lauter Konzeptionen, die im strengen Sinne nicht Darbietungen von Kunst im Bezugsgeflecht eines gegebenen Themas waren, sondern grenzüberschreitende Unternehmungen, Vorschläge, wie man das Unvereinbare und sich Wi-

dersprechende am Ende doch unter einen Hut bringen könnte. «*Der Hang zum Gesamtkunstwerk*», Titel der gegenwärtig im Kunsthaus Zürich gezeigten Ausstellung, benennt recht genau, was den Ausstellungsgestalter selber antreibt. Selbst so singuläre und aus buchstäblich allen Traditionen und kulturellen Zusammenhängen herausgefallene Erscheinungen wie Adolf Wölfli haben in seinem Konzept Platz. Er erfindet weitmaschige Ideenkäfige, in die buchstäblich alles und jedes noch Einlass finden könnte. Er hat den Hang, das Disparateste in Beziehung zu setzen; Trümmer und Fragmente, die weder nach ihrer Herkunft noch gar nach ihrer ästhetischen Qualität zusammengehören, sucht er unter besonderen und von ihm erfundenen Gesichtspunkten als Teile eines grossen Zusammenhangs zu sehen. «*Der Hang zum Gesamtkunstwerk*» soll sie alle vereinigen. Da melden sich erste Bedenken. Sie richten sich auf Un-

klarheiten, verschwommene Begriffe des Konzepts dieser Ausstellung. Harald Szeemann schreibt in seiner Einführung, man habe «*Wagners und anderer Gesamtkunstwerker titanischen Elan und ihre Visionen und Heilslehren*» zum Thema genommen, und die Ausstellung wolle mehr, als einfach Werke für sich präsentieren: sie wolle sie darbieten «*als Hinweise auf Geist- und Seelenhaltungen, auf Pathosformeln.*» Eine andere Stelle des als Erklärung gedachten Textes lautet: «*Das Gesamtkunstwerk gibt es nicht.*» Es ist nur «*ein Hang, ein Bekenntnis, eine Obsession, ein Destillat aus Kunst und Erlösungswunsch.*»

*

Der finanzielle Aufwand, getragen von der Körber-Stiftung in Hamburg, die prominenten Gäste an der Eröffnung, an der alt Bundespräsident Walter Scheel eine Rede hielt und alt Bundeskanzler Helmut Schmidt unter den zur Vernissage Geladenen sass, die Verbindung des Ereignisses mit Bemühungen um eine europäische Kulturinitiative und die Betonung des Prestiges, das damit der Stadt Zürich als einem Kulturzentrum besonderer Art zuwachse, haben auch mit einer Art «Hang zum Gesamtkunstwerk» zu tun. Auch hier werden Ganzheit, Zusammenhang, ein Grösseres und Umfassendes doch wohl mehr beschworen als redlich ausgewiesen. Wie bedeutend diese Ausstellung immer sei und inwiefern sie eventuell als Manifestation europäischer Kulturprozesse verstanden werden könnte, sind Fragen, die sich dabei allerdings stellen. Man kann bis jetzt nur sagen: Der Start war gut inszeniert und von Presse und Te-

levision in beträchtlichem Umkreis registriert, kommentiert und als etwas Besonderes gefeiert. Zwar gab es – eher als Randnotiz – auch Kritik, die sich darauf richtete, dass die Ausstellung für den Besucher kaum verständlich und einsehbar sei, der nicht den teuren, unhandlichen Katalog erwerbe. Wichtig sei im Grunde eben dieses Buch, die Ausstellung sei dazu die «*dreidimensionale Illustration*». Mehr schon den Kern der Ausstellungskonzeption trifft der Einwand, am Ende werde alles, was irgend ausstellbar sei und aus dem Rahmen der Kunst falle, in diesem Konzept zum Gesamtkunstwerk. Mit andern Worten: der begriffliche Rahmen sei so weit gespannt, die Definition so verschwommen, dass eher Verwirrung als Klarheit entstehe. Wie genau soll der Begriff «*Utopie*» (auf das «*Gesamtkunstwerk*» angewendet) denn nun verstanden werden? Bekanntlich ist das ein bis zur Entstellung missbrauchter Begriff; man kann ihn nicht mehr verwenden, ohne ihn neu zu definieren. Und was schliesslich die europäischen Ambitionen der Ausstellung betrifft, so ist ja nicht ganz ausgeschlossen, dass zum Beispiel Frankreich mit der Idee des Gesamtkunstwerks, wie sie hier in grossen Zügen verstanden wird, nicht eben viel anzufangen wüsste. Oder täusche ich mich da? Die Ausstellung soll nach Zürich, wo sie bis zum 30. April dauert, auch in Düsseldorf, Wien, Brüssel und voraussichtlich auch in Berlin gezeigt werden. Was ist mit Frankreich, was mit Italien?

*

Anregend und befreiend ist die höchst unkonventionelle Art, wie die Ausstel-

lung gemacht worden ist. Objekte, Entwürfe, Handschriftliches und Gedrucktes, im Modell nachgebaute Realisationen geträumter Paradiese lösen sich ab. Ich bin ein dankbarer Betrachter und Zuschauer, mich faszinieren die Inszenierungen mit Ausstellungsgut, die dem erfahrenen Gestalter der variantenreichen Präsentation eingefallen sind. Kinetische Kunst und Film lockern auf, was da ausgebreitet ist, und vor allem hat man keine Mühe und offensichtlich auch keine Kosten gescheut, im Modell nachbauen zu lassen, was zerstört ist oder was aus andern Gründen nicht dreidimensional hätte gezeigt werden können. Die verkleinerten Nachahmungen monumentaler Originale haben ihren eigenen Reiz, zum Beispiel das prächtige Modell der Anlage «*Vittoriale degli Italiani*» nach Ideen von Gabriele D'Annunzio, umgeben von suggestiven Photographien, die den Schwulst der Interieurs und das Pathos der darin sich bewegenden Menschen, besonders der Freundinnen des Dichters und Helden sichtbar machen. Man kann das *Totaltheater* von Gropius im Modell bestaunen, man kann gar eine nach Photos und Augenzeugenberichten hergestellte Nachkonstruktion der «*Kathedrale des erotischen Elends*» von Kurt Schwitters betreten. Das berühmte Hängemodell des Architekten Antoni Gaudi für die Kirche der Güell-Kolonien in Santa Colonna de Cervello ist so unter einer Spiegelfläche angebracht, dass man sehen kann, wie die Gewölbe des Baus geschwungen gewesen wären: die Zuglasten der Gewichtssäcklein entsprechen den Drucklasten, die auf Pfeiler und Wände zu verteilen gewesen wären. Ein prächtiges Modell ergibt na-

türlich das «*Palais Idéal*» des Landbriefträgers Ferdinand Cheval, der in dreissig Jahren errichtete Traumpalast eines Hobby-Architekten. Es gibt in dieser Ausstellung mehrere Objekte dieser Art, die im Betrachter durchaus die Lust des Kindes am Spielzeug zu wecken vermögen. Er blickt auf die Modelle, auch auf Bühnenmodelle und verkleinerte Nachbildungen von Theaterbauten, wie das Kind aufs Puppentheater. Man möchte eigentlich nicht nur schauen, man möchte damit umgehen, damit spielen. Leider darf man nichts berühren. Die Ausstellung «Der Hang zum Gesamtkunstwerk» verdankt ihren Reiz und ihre Wirkung zu einem beträchtlichen Teil den Kuriositäten, die sie versammelt. Der Landbriefträger Cheval mit seinem Märchenschloss und D'Annunzio mit dem von ihm angeregten und ausgestaffierten Prunkgelände am Gardasee sind beides in ihre individuellen Mythologien versponnene Geister, dennoch im Grunde überhaupt nicht miteinander vergleichbar. Und was da alles sonst noch zusammengekommen ist, Adolf Wölfli mit seinen beschrifteten Farbstiftornamenten, Hermann Nitsch mit seinem «*Orgien-Mysterien-Theater*», visionäre Architekturphantasien aus dem Kreis um Bruno Thaut («*Gläserne Kette*»), zum Beispiel Wenzel A. Hablik mit seinen Skizzen zur «*Alpinen Architektur*», dann die Künstler des Bauhauses, Schlemmer mit dem «*Triadischen Ballett*» und so fort –, was eigentlich schliesst sie zusammen, worin besteht ihre Verwandtschaft? Harald Szeemann sieht in ihnen «Besessene», von der «*Obsession nach dem Ganzen*» Heimgesuchte. Da haben dann auch Rudolf Steiner und die Anthroposophie ihren Platz, da

wird man FIDUS ebenso einordnen können wie am Ende einen Joseph Beuys.

*

Das «Gesamtkunstwerk» ist eine Wortschöpfung Richard Wagners. Ihm ist in der Ausstellung jedoch nicht mehr Raum gewährt als andern, und er teilt ihn mit Adolphe Appia, von dem eine Folge von Bühnenbildentwürfen ausgestellt ist, mit FIDUS und mit Peter Behrens. Das Bayreuther Festspielhaus ist in einem hübschen Modell zu sehen, an anderer Stelle auch das Modell des geplanten Festspielhauses München von Gottfried Semper. Aber wenn ich nun von diesem Wagnerschen Ausgangspunkt, wo «Gesamtkunstwerk» eine ganz bestimmte, auf das grosse Bühnenweih- und Festspiel bezogene Bedeutung hat, nämlich Vereinigung der Künste zu einem neuen und grösseren Ganzen, den Bogen zu den Fragmenten und Obsessionen suche, die in Szeemanns Konzept ebenfalls Platz gefunden haben, dann gibt es da nicht nur das Problem der Qualität, sondern ausserdem ein sozusagen historisches Problem. Was Szeemann unter dem Stichwort «Hang zum Gesamtkunstwerk» zusammengetragen hat und was er nachbauen liess, ist so inkommensurabel, dass es schon wieder System hat. Hat schon mit «Gesamtkunstwerk» zu tun, dass Arnold Schönberg auch gemalt hat? Man sollte es als private Marotte des musikalischen Genies der Öffentlichkeit lieber fernhalten. Und inwiefern gehören seine unbeholfenen Versuche mit Pinsel und Farbe neben ein Gemälde von Kandinsky? Dass Delacroix mit seinen Lithographien zu «Faust» adäquaten bildnerischen Aus-

druck für Goethes Dichtung gefunden hat, wäre eher ein Beispiel kongenialer Illustration als ein Beitrag zum Gesamtkunstwerk, das andererseits da, wo es als schöpferische Idee Richard Wagners gezeigt werden müsste, mit Andeutungen, Bühnenbildern und Druckschriften in der Vitrine zu schwach repräsentiert ist. Die Porträts von Lenbach und das Gemälde Beckmanns, das Wagner mit Cosima und Liszt in Wahnfried zeigt, eine gemütliche Familienszene, vermitteln Zeitkolorit. Soll man nun aber die feudalen Selbstinszenierungen des Bayernkönigs Ludwig II., der in pompöser Dekorationsmalerei im Ornat des Georgi-Ritter-Ordens lebensgross vor dem Betrachter erscheint, als Ausdruck eines anderen oder eines verwandten «Hangs zum Gesamtkunstwerk» betrachten? Und wie denn verhält es sich mit den versponnenen Schriftableaus von Henry Dunant, auf denen man den Gründer des Roten Kreuzes in metaphysische und mystische Spekulationen vertieft sieht? Es ist im Zusammenhang mit Szeemanns Ausstellung viel von Utopien gesprochen worden. Versteht man darunter streng einen in Gedanken konstruierten idealen Zustand menschlichen Zusammenlebens, also zum Beispiel den Staat Platons oder die Utopia von Thomas Morus, dann ist, was da in Fragmenten und Entwürfen, in Skizzen und Projekten von Künstlern und Nichtkünstlern zusammengetragen ist, jedenfalls nicht utopisch zu nennen: man spräche sinnvollerweise eher von Ordnungsvorschlägen (Mondrian zum Beispiel) oder von Selbstdarstellung unter Zuhilfenahme verschiedener Ausdrucksmöglichkeiten. Und die Frage bleibt, was denn

das Nebeneinander grosser und bedeutender Kunst, also Kandinsky, Mondrian, de Chirico, Caspar David Friedrich zum Beispiel mit skurriler Spielerei oder meinetwegen menschenfreundlichen Träumen soll. «*Das Gesamtkunstwerk ist eine Fiktion*», erläutert A. V. Heiz im Katalog. Es ist etwas Angestrebtes, es ist mehr, als je verwirklicht werden könnte. Deshalb kann man es nicht ausstellen, nur den «Hang» dazu, die Obsession nach einem Ganzen. Aber die erwähnten Werke, Caspar David Friedrich ebenso wie Giorgio de Chirico, so sehr da Malerei in Poesie hinüberspielt, so sehr da eine Kombination der Künste spürbar scheint, sind Kunstgegenstände, die in sich selber ruhen. Sie nehmen sich in der Umgebung dieser Ausstellung seltsam aus.

*

Die Ausstellung umspannt zeitlich das neunzehnte und das zwanzigste Jahrhundert. Das kann ein bewusst gewählter zeitlicher Rahmen sein, aber es könnte sich damit auch die Frage stellen, ob es denn vorher und «avant la lettre» den «Hang zum Gesamtkunstwerk» noch gar nicht gegeben habe. Es scheint doch, die überzeugendsten Beispiele realisierter Gesamtkunstwerke seien in viel früheren Epochen zu finden, in der Antike etwa in der Akropolis, oder im Mittelalter in der Kathedrale, im Barock, in Versailles –, die grossen Beispiele dafür, dass da die verschiedensten Künste einem Ganzen zu dienen hatten und Realisationen so weitgehend möglich wurden, dass wir geneigt sind, in ihnen gar den Ausdruck einer ganzen Epoche zu erkennen, lassen sich gar

nicht übersehen. Aber indem man sie nennt, gewahrt man auch den Unterschied zu dem, was Szeemanns Ausstellung sichtbar macht. Etwa seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wäre es tatsächlich so leicht nicht mehr, diesen unbestreitbaren Ausdruck einer Epoche namhaft zu machen. Muss man daraus schliessen, dass etwa um diese Zeit das gewissermassen selbstverständliche Ganze zerbrochen ist? Harald Szeemann spielt in seinen Überlegungen zum Ausstellungskonzept darauf an, das «*Destillat aus Kunst und Erlösungswunsch*», das ihm das Gesamtkunstwerk ist, sei ein gern gesehener Gast im «*Verlust der Mitte*», also ein Exote in klirrender Fremde. Und auch jene andere Überlegung gehört wohl in diesen Zusammenhang, dass nämlich jeder späte Versuch, das Gesamtkunstwerk zu verwirklichen, zur Totalkunst und zum Totalitarismus führt. Hitlers Architektur-Megalomanie wäre in dieser Ausstellung durchaus auch noch möglich. Die Kunst- und Literatur-Politik des Dritten Reiches insgesamt ist, wenn man denn will, von einem «Hang zum Gesamtkunstwerk» geprägt. Auf die Qualität kommt es ja bei der hier eingeführten Betrachtungsweise nicht an.

*

Das Unternehmen ist anregend, kühn auch in seiner Unbekümmertheit, das Entlegenste mit einzubeziehen. Es gehen davon sowohl die Reize des Kuriosen und immer auch des ein wenig Spinnerhaften aus, wie es auch Denkanstösse gibt, Widerspruch hervorlockt, Probleme nicht löst, sondern sichtbar macht. Was da an Wänden und auf geräumiger Fläche ausgestellt

ist, verdient durchaus das Prädikat des Sehenswürdigen. Eine Schaustellung von Sehenswürdigkeiten aller Art ist diese grosse Veranstaltung auf jeden Fall, und da es sich vorwiegend um Träume, Sehnsüchte, um den Wunsch nach Wiederherstellung oder Neuschöpfung verlorener Ganzheit handelt, würde ich meinen, es wäre zutreffender, als vom Hang zum Gesamtkunstwerk vom «*Panoptikum der Obsessionen*» zu reden. Inwiefern darin jedoch genuine und charakteristische europäische Züge zu erkennen

sein, wäre so leicht nicht nachzuweisen.

Anton Krättli

Das grosse Buch zur Ausstellung, «Der Hang zum Gesamtkunstwerk. Europäische Utopien seit 1800», herausgegeben von Harald Szeemann, Susanne Häni, Alois Müller und Toni Stooss, mit Beiträgen von Bazon Brock, Odo Marquard und vielen anderen, mit zahlreichen schwarzweissen und farbigen Illustrationen ist erschienen im Verlag Sauerländer, Aarau und Frankfurt am Main 1983.

Arthur Koestler – Zeuge, Autor, Beweger

Wie sein Freund George Orwell ist Arthur Koestler durch eine spanische Erfahrung entscheidend geprägt worden. Während Orwell auf Seiten der Republikaner kämpfte und in Katalonien den Bruderkampf der Linken miterlebte, insbesondere die Verfolgung, die bis zu Morden ging, der abweichlerischen Marxisten der POUM durch die Stalinkommunisten, geriet der Journalist Arthur Koestler – einst Wissenschaftsredaktor im Hause Ullstein – als Korrespondent des «Pester Lloyd» und des «News Chronicle» – er war aber auch Parteikommunist – in die Gewalt der Franco-Truppen in Malaga und verbrachte Wochen mit zum Tode Verurteilten. Er hörte nachts, wie die jungen Republikaner zur Hinrichtung geführt wurden.

Hatte die Abwendung Koestlers vom Kommunismus mit dieser Erfahrung zu tun – er hat es später in

einem Nachwort geschrieben und zugleich auf eine nicht vermittelbare mystische Erfahrung angespielt – oder eher mit Stalins Verfolgungen, denen auch sein Schwager zum Opfer fiel? Sein Freund, der Physiker Alexander Weissberg-Czybulski, der später seine Erlebnisse in «Hexensabbat» dargestellt hat, wurde von Stalin mit dem Physiker Hautermann (der später in Bern wirkte) und andern in der Sowjetunion tätigen Wissenschaftlern an Hitler ausgeliefert.

In «Ein spanisches Testament» – englisch «Dialogue with death» – war jedenfalls die Abwendung vom Kommunismus noch nicht so deutlich spürbar wie in der mit andern Gleichgesinnten in Paris veröffentlichten Zeitung «Die Zukunft». In Frankreich wurde das Buch – Koestler hat kein bewegenderes geschrieben – zum Erfolg. Damals flohen die geschlagenen Republikaner zu Tausenden; sie wur-

den in Frankreich notdürftig in Lagern wie Argelès untergebracht. Der Ruhm schützte Koestler nicht vor den Panikmassnahmen der letzten Regierung vor der Niederlage, die Tausende meist linke Emigranten internieren liess. Er wurde ins Lager Le Vernet nahe der Pyrenäen gebracht, wo er 1939/40 einen strengen Winter erlebte. Darüber berichtet «Ab-schaum der Erde» – Teil seiner faszinierenden Selbstbiographie.

Damals schrieb Koestler bereits am Roman «Sonnenfinsternis», der zum Welterfolg wurde; darin ergründete er die Psychologie eines sich selbst beschuldigenden Angeklagten der Moskauer Schauprozesse – es mag Bucharin gewesen sein, der ihm als Vorbild diente.

Nachdem Koestler – wie schon aus dem spanischen Kerker – aus dem französischen Lager durch englische Intervention entlassen wurde, meldete er sich als «Taxichauffeur aus Bern» mit französischem Namen bei der Fremdenlegion, gelangte von Casablanca nach England, wo er sich zur Armee meldete. Die nahm ihn, der inzwischen wieder in Haft war, auf, und genehmigte ihm vierzehn Tage Urlaub, um den Roman abzuschliessen, der 1941 erschien.

In Frankreich hatte dieser Roman – «Le Zéro et l'Infini» – 1945 einen Bestsellererfolg von fast einer halben Million Exemplaren und durchbrach das damals bestehende kommunistische Kulturmonopol. Ein Erfolg war auch der Essayband «Der Yogi und der Kommissar» – der Abschnitt über die kommende sowjetische Expansion liest sich heute prophetisch.

In Frankreich ist niemand so geschmäht worden wie Koestler; der

führende Kommunist Kanapa schrieb gegen ihn das Pamphlet «Der Verräter und der Proletarier», Pierre Courtade teilte mit, Koestler sei vom Intelligence Service, der Anglo-Iranian Petroleum Company und dem Comité des Forges bezahlt; Roger Garaudy, damals der Parteitheoretiker, heute in anderer Hinsicht ebenso tendenziös, beschuldigte ihn, die Demokratie und Frankreich vernichten zu wollen. Ein so extremer Zorn war zugleich die unfreiwillige Anerkennung einer geistigen Potenz.

Als 1943 der Roman «Ein Mann springt in die Tiefe» erschien, war Koestler zum Autor in englischer Sprache geworden, seiner dritten Sprache nach Ungarisch und seiner Muttersprache Deutsch. In diesem Roman wurden die ersten systematischen Vergasungen geschildert, die damals fast niemand glauben wollte.

Nach dem Krieg hielt sich Koestler viel in Frankreich auf. In Paris handelt sein missglückter Roman «Gottes Thron steht leer» (englisch «The age of longing»). Immerhin sind die kaum verschlüsselten Porträts von Pariser Intellektuellen noch von Interesse: der Freund André Malraux kommt als «St-Hilaire» vor – mit der Parodie eines seiner berühmten abgehackten Monologe.

Mit Albert Camus blieb Koestler, der sich mit Sartre und Simone de Beauvoir wegen der entgegengesetzten Meinung über Stalins Russland überwarf, verbunden. Beide veröffentlichten später gemeinsam ein Buch gegen die Todesstrafe.

Zwischen 1949 und 1955 war Arthur Koestler so aktivistisch wie in seiner einstigen kommunistischen Zeit – es war die Zeit der Berlinblockade

und des Koreakriegs. Er neigte dazu, seine Erfahrungen als Mitarbeiter des genialen kommunistischen Propagandisten Willy Münzenberg unter entgegengesetztem Vorzeichen zu verwenden. Doch verbrauchte sich Koestler ohne Nutzen in diesen Aktivitäten. Um so beeindruckender, dass er sich dessen bewusst wurde und 1955 erklärte: «Kassandra ist heiser geworden.» Er habe als Warner genug getan und wende sich nunmehr anderen Themen zu – was freilich seine Bereitschaft, sich für Anliegen zu engagieren, die ihn überzeugten, nicht gemindert hat.

Nunmehr entstanden seine Werke zur Geschichte des wissenschaftlichen Weltbildes. «Die Schlafwandler» liest sich wie ein reich dokumentierter Roman mit Johannes Kepler im Mittelpunkt. Er suchte die Verwandtschaft zwischen wissenschaftlicher und künstlerischer Kreativität zu ergründen. Er führte im Namen des «Holismus» oder Ganzheitsdenkens einen langen Kampf gegen den «Reduktionismus», der davon ausgehe, dass höhere Formen sich restlos aus niedrigeren ableiten liessen, und nahm insbesondere den Behaviorismus und die Thesen Skinners aufs Korn. Sein Buch über den Wiener Zoologen Kammerer, der die Vererbung erworbener Eigenschaften beweisen wollte, aber mit der vorgelegten Evidenz als Fälscher entlarvt wurde («Der Krötenküsser») ist trotz einer gewissen Parteilichkeit für den Wissenschaftler, der sich das Leben nahm, bemerkenswert. Zuletzt vertrat Koestler die These vom Menschen als «Irrläufer der Evolution», der die Kluft zwischen seinem «Reptilhirn» und seinem Neocortex nicht zu überbrücken vermochte, durch un-

gebändigte kollektive Leidenschaften in sein durch die Wissenschaft noch unvermeidlicher gemachtes Verderben rannte. Der Feind des Reduktionismus meinte sonderbarerweise, die Chemie könne eine Pille erfinden, die diese Disharmonie der Hirne überwinden würde. Unter den Wissenschaftlern, die Koestler scharf kritisierten, waren die Nobelpreisträger Monod und Medawar.

Manche Diskussion löste das Buch über die Khasaren als «Dreizehnter Stamm» aus. Von ihnen sollten fast alle heutigen Juden abstammen. Historisch ist diese These fragwürdig. Haben sich die Herrscher jenes asiatischen Volkes, um sich zwischen Christen und Moslem zu neutralisieren, zum Judentum oder zum Karaitismus bekehrt? Und hat das Volk diese Bekehrung mitgemacht? Unter den Kurzschlüssigkeiten findet sich eine Ableitung des Wortes «Ketzer» von Khasaren, wobei doch dessen Herkunft von den Katharen sicher ist.

Noch fragwürdiger als die These des im übrigen an Wissenswertem reichen Buch war der Zweck: durch den Nachweis, dass die Juden gar nicht Semiten seien, sollte der Antisemitismus erledigt werden. Darin zeigte sich eine Naivität, die mit den profunden und erhellenden Schriften der vierziger Jahre in sonderbarem Kontrast stand. Das jüdische Problem hatte den jungen Koestler stark beschäftigt, der in Wien seine Ingenieurstudien abbrach, um drei Jahre in Palästina zu leben, erst im Kibbuz, dann als Limonadenverkäufer und in vielen Berufen. Ein Roman, «Diebe in der Nacht», und die «Analyse eines Wunders» waren später die Früchte dieser Erfahrung. Die Engländer trugen Koest-

ler nicht nach, dass er sich im Kampf der Juden in Palästina gegen die britische Mandatmacht für die extrem militanten Gruppen einsetzte, die englische Soldaten töteten. Sein Ansehen in England, wo er seit 1940 gelebt hat, blieb hoch. Als Gastredaktor von «Encounter» widmete er um 1965 ein ganzes Heft dem Thema «Selbstmord einer Nation». Cassandra hatte wieder ihre Stimme gefunden. Damals löste diese Kritik Missmut aus, heute wird sie im Gegenteil oft in zustimmendem Sinne zitiert.

Für Anliegen, die ihn berührten, setzte sich Koestler mit einzigartiger Energie ein. Zum Erfolg des Kampfes zur Abschaffung der Todesstrafe in England hat sein Wirken beigetragen. Er setzte einen Preis aus für Häftlinge, die künstlerisch tätig waren, und finanzierte ihn mit den eigenen Tantiemen.

Koestlers letzte Sache war die Bewegung EXIT, die für Sterbehilfe und für guten Rat zum Freitod eintrat. Der Mensch, so schrieb Koestler, sei so beschaffen, dass er nicht ohne äussere Hilfe zur Welt komme; ebenso verdiene er Hilfe für einen würdi-

gen Abgang. Sein Selbstmord – die Gattin Cynthia mochte ihn nicht überleben – hing wohl mit Altersbeschwerden und Krankheiten wie Leukämie und Parkinson zusammen, war aber zugleich, so darf vermutet werden, exemplarisch gemeint. Wenn Koestler für eine Idee eintrat, zog er auch stets die Konsequenz.

Dieser Nachruf soll nicht finster enden. George Mikes, der andere Ungar, der zum englischen Schriftsteller von Weltruf wurde, schreibt in seiner jüngst bei André Deutsch erschienenen Selbstbiographie «How to be seventy», er habe Arthur Koestler als Menschen mit Sinn für Humor, ja, oft als «ungemein komisch» gekannt. Ihm habe Koestler erzählt, dass er als Gymnasiast einer ungarischen Schülerzeitung 1915 einen glühend patriotischen Beitrag geschickt hatte, der mit dem Vermerk zurückkam, dieser Schüler habe nicht die Spur von Talent. Das müsse stimmen, meinte Koestler, denn in Ungarn sei nie ein Buch von ihm erschienen.

François Bondy